

die Orientierung an Konfession kaum hinterfragt zu haben – die Rahmung der erlebten Unterdrückung *als Unterdrückung der Schia* war zu dominant, um nicht einen Machtanspruch der schiitischen Bevölkerungsmehrheit daraus abzuleiten.

3.2 Aus dem Exil in die Übergangsregierung

Die Neugestaltung des Iraks war weitgehend schiitisch geprägt, was Fanar Haddad mit dem Ausdruck »*Shia-centric State-Building*« beschrieben hat.¹⁸ Unter dem Aspekt der Konfessionalisierung betrachtet, lässt sich eine doppelte Ausrichtung an der Schia feststellen. Erstens war die Wahrnehmung der Schia als Bevölkerungsmehrheit, die durch das vorangehende Regime unterdrückt worden sei, bestimmend für die Orientierung des politischen Systems an konfessioneller Zugehörigkeit. Zweitens verstanden sich die Parteien, die nach dem Regimewechsel die politische Landschaft im Irak dominierten, explizit als schiitische Parteien.

3.2.1 Die Schia als Produkt ihrer Unterdrückung

Die irakische Exil-Opposition spielte für die amerikanische Planung des Regimewechsels im Irak eine bedeutende Rolle. Die Finanzierung von Oppositionsbewegungen war bereits im Iraqi Liberation Act von 1998 beschlossen worden. Es überrascht somit nicht, dass diese Opposition Einfluss hatte auf die US-amerikanische Wahrnehmung der Situation im Irak. Die nicht-kurdische Exil-Opposition zu Saddam Husseins Regime orientierte sich bereits ab den 1980er Jahren, insbesondere aber in den 90er Jahren an konfessioneller Zugehörigkeit. Fanar Haddad beschreibt, wie sich eine positiv konnotierte schiitische Identität herausbildete:

»The most significant effect of this was the shift away from an apologetic Shia identity that downplayed, or even diluted, Shia specificity in the hopes of placating detractors who argued that the Shia challenged the homogenizing nation-building efforts of the modern Iraqi state. Instead, in the 1990s, and particularly in diaspora circles, it became increasingly acceptable to speak in sect-specific terms, and a clearly and unambiguously differentiated Shia political identity was articulated.«¹⁹

Diese neue, positiv konnotierte Wahrnehmung von Schia spiegelte sich in einer Reihe von Publikationen und Reden von so prominenten schiitischen Persönlichkeiten wie Muḥammad Bāqir al-Ḥakīm, Muḥammad Baḥr al-ʿUlūm oder ʿAbd al-Mağīd

18 Vgl. Haddad, Fanar: *Shia-centric State-Building and Sunni Rejection in Post-2003 Iraq*, 2016, http://carnegieendowment.org/files/CP261_Haddad_Shia_Final.pdf.

19 Ebd., S. 12.

al-Ḥū'ī. Während von US-amerikanischer Seite her eher vage von einem demokratischen System gesprochen wurde, welches die Diktatur im Irak ablösen sollte, trat in den Äusserungen der schiitischen Opposition die Verschränkung von Demokratie, schiitischer Identität und der Gleichsetzung der Ba'ṭ-Regierung mit Konfessionalismus und Unterdrückung der Schiiten deutlich hervor.

Diese Verbindung wird im Dokument »Declaration of the Shia of Iraq« augenfällig.²⁰ In der Deklaration wird Konfessionalismus als zentrale Ordnungsvorstellung seit der Staatsgründung dargestellt:

»Following the establishment of the constitutional entity that became modern Iraq in 1923, and the organisation of its administrative and political affairs, the sectarian paradigm became a key organising principle of the governing powers. It then quickly evolved into a set of fixed political rules of power and control that has continued into present times.«²¹

Konfessionalismus wird im Dokument in den Kontext von Diskriminierung gestellt. Die Orientierung an der Kategorie »Schia« wird nicht kritisiert, vielmehr baut der Text auf der Bestätigung dieser Identität auf. Die Diskriminierung wird gar als konstitutives Element schiitisch-irakischer Identität erfasst:

»The determination of the authorities to implement [sectarian, C. W.] policies and their insistence on the continuing isolation of the Shia from any meaningful exercise of power has contributed, in the modern period, to the transformation of the Iraqi Shia into a recognisable social entity with its own peculiarities, far from any specific ideological and religious considerations. In other words the crystallisation of the Shia as a distinct group owes far more to the policies of discrimination and retribution than to any specifically sectarian or religious considerations. This condition now defines the status of the Shia in Iraq irrespective of the individual Shii's doctrinal, religious or political orientations.«²²

Entsprechend wird auch die Opposition des Regimes als politisch und gegen die Diskriminierung gerichtet dargestellt und nicht als konfessionell motiviert: »The Shia's opposition to the state in Iraq is based on political rather than sectarian considerations.«²³ Mit ihrer Selbstdefinition unterscheiden sich die Verfasser dieser Erklärung von einer Unterteilung der Muslime in Schia und Sunna anhand eines alt-

20 Declaration of the Shia of Iraq, 2002, <http://al-bab.com/documents-section/declaration-shia-iraq>, Stand: 03.01.2018 Die Deklaration ist von Dutzenden Personen unterzeichnet, als Autoren nennen Ehrenberg u.a. al-Rubai'i, 'Alī 'Allāwī und al-Ḥakīm, vgl. Ehrenberg, John u.a. (Hg.): The Iraq papers, Oxford, New York 2010, S. 313.

21 Declaration of the Shia of Iraq, 2002.

22 Ebd.

23 Ebd.

hergebrachten konfessionellen Konflikts. Mit der Konzentration auf die eigene Opferrolle gegenüber dem irakischen Regime verschieben sie die zentrale Alteritätskonstruktion Schia – Sunna hin zur Gegenübersetzung Schia – Staat:

»In spite of the long-standing nature of the policies of sectarian discrimination, Iraq has not witnessed social discrimination in terms of one community, the Sunnis, consciously oppressing another, the Shia. The discrimination with which the Shia have been afflicted is entirely the work of the state. This is a vital point to ponder, as the crises with which Iraq had to contend are a consequence of official rather than communal discrimination. Any programme that hopes to reconstruct the terms of power in Iraq has to start from the point of officially inspired discrimination and not mutual communal hostility.

It is crucial to differentiate between legitimate sectarian differences due to doctrinal and other factors, and a policy of officially sanctioned sectarian advantage and discrimination. Iraq suffers from a sectarian system and not from communal sectarianism per se. There is no overt problem between Iraq's sectarian communities [...].«²⁴

Diese Differenzierung bestimmt die Haltung der schiitischen Parteien: Die Unterteilung der Bevölkerung nach konfessioneller Zugehörigkeit gilt ihnen nicht als konfessionalistisch. Nur ein offen diskriminierendes politisches System wäre konfessionalistisch.

Die Unterscheidung zwischen Konfessionalismus und konfessioneller Differenz wird in der Deklaration sogar in einem eigenen Kapitel behandelt. Trotzdem erteilen die Autoren der Haltung, die Orientierung an Konfession sei grundsätzlich zu überwinden und durch einen irakischen Nationalismus zu ersetzen, eine klare Absage:

»There is the unavoidable reality that there are two sects in Iraq, a fact which it would be foolish to deny or ignore. The imposition of an enforced and artificial homogeneity on this reality only serves to compound the problem and pushes it to the point where an explosion becomes inevitable.«²⁵

Konfessionalität allgemein und Konfessionalismus im speziellen werden in einem konkreten historischen Kontext verortet. Mutmasslich im Wissen darum, dass die Konzentration auf die Kategorie Schia für die sunnitische Minderheit bedrohlich sein könnte, sprechen sich die Autoren zwar dafür aus, dass keine Konfession die Oberhand über die andere haben solle. Wie genau eine Demokratie auszusehen hätte, welche sich an den Konfessionen orientiert und dabei diesem Kriterium trotz-

24 Ebd.

25 Ebd.

dem gerecht wird, wird aber nicht im Detail ausgeführt. Zwar wird ein föderalistisches System propagiert, aber die Einteilung der Regionen nach konfessionellen Kriterien gleichzeitig strikt abgelehnt.

Die Hauptpunkte der Deklaration werden durch Schreiben von schiitischen Würdenträgern untermauert, welche dem Dokument angehängt sind. Diese folgen dem Text darin, dass sie Konfessionalismus ablehnen, die irakische Bevölkerung aber entlang konfessioneller Linien einteilen. Die Vermengung von Mehrheitsanspruch, der Selbstdefinition über die erlittene Verfolgung sowie der Bezug auf bedeutende Personen der schiitischen Geistlichkeit wird besonders bei Murtaḍa al-‘Askarī deutlich:

»Recognising what the Shia of the Household of the Prophet have achieved in Iraq, we affirm the following: Firstly; That the Shia of the Household of the Prophet are the majority of Iraq's population. Secondly: They struggled, under the guidance of their scholars, for the independence of Iraq. Thirdly: [...] The treacherous Baath party that is in control of Iraq has murdered their scholars including the leading luminaries the martyrs Sayyid Muhammed Baqir aṣ-Ṣadr, Sayyid Muhammed aṣ-Ṣadr, and the lady martyr Bint-ul-Huda.«²⁶

Das Dokument ist ein deutliches Beispiel für die ambige Selbstverortung der Exilparteien zwischen der Ablehnung von Konfessionalismus und gleichzeitiger Einteilung der Bevölkerung entlang konfessioneller Kriterien. Konfessionelle Kategorien verschmelzen so mit Vorstellungen von einem legitimen Anspruch der Mehrheit auf politische Vormachtstellung.

Die Frage, ob die schiitische Bevölkerung unter der Ba‘ṭ-Regierung Opfer gezielter Repression aufgrund ihrer konfessionellen Zugehörigkeit geworden ist oder ob es sich um eine allgemeine Repression durch ein diktatorisches Regime handelte, von der die schiitische Bevölkerung allenfalls überdurchschnittlich betroffen war, ist in dieser Oppositionsstellung kaum abschliessend zu beantworten. Sie stellt auch nicht das Untersuchungsinteresse der vorliegenden Arbeit dar. Relevant für den Prozess der Konfessionalisierung nach 2003 ist die Bezugnahme auf Unterdrückung als konstitutivem Element schiitischer Identität. Dieses Narrativ findet einen Widerhall in der schiitischen Tradition, was zu seiner Zugänglichkeit beigetragen haben mag. Allerdings lassen die rekonstruierten Elemente eine Verschiebung erkennen, die den Schwerpunkt von der Leidensgeschichte religiöser Führungsfiguren hin zum konfessionell erfassten Kollektiv transferiert.²⁷

26 Ebd.

27 Zur Viktimisierung als argumentative Struktur in ethnokonfessionellen Debatten in den irakischen Medien vgl. Al-Tahmazi, Thulfiqar H. M.: Legitimizing ethno-sectarian conflicts for power. Construction of victimhood and disenfranchisement in Iraqi media interactions, in: *Discourse & Society* 28 (2), 2017, S. 119 – 141.

3.2.2 Die Da'wa-Partei

Einer der einflussreichsten Akteure der Nachkriegsordnung ist die Da'wa-Partei (*ḥizb ad-da'wa al-islāmīya*) gewesen. Die Da'wa besetzte (innerhalb unterschiedlicher Parteienallianzen) mit Ibrāhīm al-Ġa'farī, Nūrī al-Mālīkī und Ḥaidar al-'Ibādī das Amt des Ministerpräsidenten von 2005 bis 2018.

Die 1957 gegründete Partei sah sich bereits in den ersten Jahren ihres Bestehens mit der Frage ihrer konfessionellen Ausrichtung konfrontiert. Dem Anspruch, eine »gesamtislamische« Bewegung zu bilden, widersprach die bedeutende Rolle schiitischer Geistlicher in der Gründung und Strukturierung der Partei. Obwohl keine konfessionell orientierte Programmatik verfolgt wurde, entwickelten sich die islamisch ausgerichteten Parteien im Irak von Beginn an als sunnitische (irakische Muslimbrüder und *ḥizb at-taḥrīr*) oder schiitische (Da'wa) Organisationen.²⁸

Aus den ersten Jahren nach 2003 ist bei der Da'wa-Partei (wie bei den meisten Akteuren) die Quellenlage dürftig. Aufgrund der Umbruchssituation und der schwierigen Sicherheitslage war das Publikationswesen allgemein deutlich reduziert. Trotzdem finden sich verschiedene Artikel aus *al-Bayān*, der Tageszeitung der Partei, die aufgrund ihrer programmatischen Ausrichtung einen Einblick in den Umgang der Partei mit Konfessionalität gewähren.

Das bereits von den exilierten schiitischen Parteien bekannte Muster, wonach die konfessionelle Zugehörigkeit positiv als zentrales Element einer Kollektividentität aufgefasst wurde, findet sich bei der Da'wa auch nach ihrer Rückkehr auf die politische Bühne im Irak.

Ġa'farī, der Anfang 2005 zum Ministerpräsidenten gewählt werden sollte, verfasste im April 2004 für *al-Bayān* einen Rückblick auf die Situation im Irak ein Jahr nach dem Regimewechsel. Auch wenn Ġa'farī zu diesem Zeitpunkt Mitglied des IGC war, unterzeichnete er den Artikel als offizieller Sprecher der Da'wa-Partei. Der Artikel ist geprägt vom Eindruck der Gewalt, welche den Irak zu diesem Zeitpunkt heimsuchte, sowohl gegen die Koalitionstruppen wie auch zwischen einzelnen bewaffneten Fraktionen und in Form von Anschlägen gegen die Zivilbevölkerung. Deutlich streicht Ġa'farī die Notwendigkeit nationaler Einheit heraus. Zur Überwindung der Krise müssten partikuläre Interessen den (gesamt-)irakischen untergeordnet und die Einheit hochgehalten werden. Ġa'farī spricht sogar davon,

28 Ausführlich zur Frage nach dem genauen Gründungsdatum vgl. al-Ḥaiūn, Rašid: 100 'Ām min al-Islām as-siyāsī bi-al-'Irāq, aš-Šī'a, Dubai 2012., S. 171 – 182. Zur Spannung zwischen schiitischer und gesamtislamischer Ausrichtung vgl. Wiley, Joyce N.: The Islamic movement of Iraqī Shī'as, Boulder und London 1992, Abdul-Jabar, Faleh: The Shī'ite movement in Iraq, London 2003; al-Ruhaimi, Abdul-Halim: The Dawa Islamic Party. Origins, Actors and Ideology, in: Abdul-Jabar, Faleh (Hg.): Ayatollahs, Sufis and Ideologues. State, Religion and Social Movements in Iraq, London 2002, S. 149 – 161.

die 30 Millionen Irakerinnen und Iraker als eine einzige Familie zu betrachten, ohne dabei zwischen den einzelnen Gruppen zu unterscheiden.²⁹

Vergleichbare Aussagen sind typisch nicht nur für Publikationen in *al-Bayān*, sondern für die zeitgenössische irakische Öffentlichkeit insgesamt. Sie orientieren sich am Ideal einer nationalen Einheit, in dessen Namen zur Zusammenarbeit aufgerufen wird und Differenzen zugunsten des Gemeinwohls überwunden werden sollen. Sie oszillieren oft zwischen dem Negieren von Differenzen einerseits und dem Propagieren der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gruppen andererseits.

Zu dieser zweiten Option tendieren die Artikel in *al-Bayān*. In einem Artikel von Ende Mai 2004 scheinen die konfessionell orientierten Ordnungsvorstellungen deutlich durch, die zur Strukturierung der Bevölkerung dienen, selbst wenn die problematische Nähe zum Konfessionalismus offenbar erkannt und entsprechend entschärft werden soll. Der Artikel verweist auf einen Anschlag auf die Politikerin Salāma al-Ḥafāḡī, bei dem einer von Ḥafāḡīs Söhnen getötet wurde.³⁰ Ohne dass im *Bayān*-Artikel zuvor von Konfessionalität gesprochen worden wäre, wird als Kommentar zu diesem Anschlag versichert, dass *al-Bayān*, die Da‘wa-Partei und überhaupt alle »verständigen Menschen« im Irak den konfessionellen Diskurs ablehnen müssten. Und doch müsse die Frage gestellt werden, weshalb diejenigen, welche Ziele von Anschlägen seien, einer spezifischen Identität angehörten, und zwar »der Identität der Mehrheit« (*huwīya al-aḡlabīya*). Und weiter: »Eine Frage braucht eine Antwort. Aber wir versichern, dass es nicht möglich ist und auch auf keinen Fall möglich sein wird, dass wir dadurch in eine konfessionelle [*tā’ifiya*] oder irgendeine andere Spaltung [*fitna*] gezogen werden können.«³¹ Und wenn die Täter zu einem bestimmten Teil des Spektrums der irakischen Gesellschaft gehören würden, könne keineswegs diese Gruppe insgesamt für die Taten einzelner Mitglieder verantwortlich gemacht werden.³² Trotz der Versicherung, keine Konfession verantwortlich zu machen, wird ausschliesslich ein konfessionelles Schema zur Deutung der Bevölkerung herangezogen. Der Text liefert eine eindeutig an Konfession orientierte Deutung der Ereignisse, versucht aber zugleich, diese tabuisierte Orientierung zu leugnen.

Terrorismus (*irḥāb*) stellt wiederholt den Kontext dar, in dem Konfessionalität und Konfessionalismus thematisiert werden. Im Juni 2004 bezeichnet ein weiterer *Bayān*-Artikel Terrorismus als zentrale Bedrohung jeglicher gesellschaftlichen Entwicklung und Stabilität. Unter dem Titel »Die neue Richtung des Terrorismus im

29 Al-Bayān, 20.04.2004, Punkte 7 und 14.

30 Vgl. Al-Bayān, 29.05.2004, S. 1.

31 Ebd.

32 Vgl. ebd.

Irak«³³ wird als ein Hauptziel der Anschläge genannt, in einem Rennen gegen die Zeit so viel Verunsicherung und Verzweiflung wie möglich unter der Bevölkerung anzurichten und auch die neue Regierung in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen. Das zweite Hauptziel sei die *fitna ṭāʿifiya*, die konfessionelle Spaltung. Diese Tendenz, die von Zaqāwī³⁴ in seinem Brief bereits benannt worden sei, stelle aktuell die grösste Bedrohung für die Gegenwart und die Zukunft des Iraks dar.

Aufschlussreich ist, wie der Artikel auf konkrete Anschläge eingeht. So seien eine Gruppe junger Schiiten in der Stadt Falludscha und eine Gruppe Kurden in Samarra ermordet worden. Die Folter, welche die Schiiten erlitten hätten, erinnerten an die Taten Saddam Husseins und die Leichen der Kurden seien verbrannt worden. »Weshalb diese Darstellung nach dem Töten?« fragt der Artikel rhetorisch, um, statt eine Antwort zu geben, festzustellen, die Kurden und die Schiiten würden nicht in die Falle der konfessionellen und ethnischen (*ʿarqīya*) Spaltung tappen. Die Antwort auf den Terror könne nicht Gewalt sein, da diese als Angriff der Mehrheit in Allianz mit den Kurden auf die Angehörigen der sunnitischen Konfession (*abnāʾ al-ṭāʿifa as-sunniya*) gesehen würde.

Auch hier erfolgt also eine konfessionelle Deutung der aktuellen Situation im Irak. Opfer werden als Schiiten und Kurden bezeichnet (was auch illustriert, dass für viele Akteure im Irak diese ethnischen und konfessionellen Zugehörigkeiten auf einer gleichberechtigten Ebene angesiedelt sind). Diesen Opfergruppen werden als Täter Terroristen gegenübergestellt, welche in einer Linie mit den früheren Tätern aus dem Baʿṭ-Regime gesehen werden. Dadurch entsteht eine vergleichbare Argumentation wie in der zuvor betrachteten »Deklaration der irakischen Schia«: Der Selbstdefinition als Schia (und Kurden) soll nicht die Sunna gegenübergestellt werden, sondern in diesem Fall sollen es die Terroristen sein. Der Problematik dieser Trennung bewusst, wird eine gewaltsame Antwort auf Terrorismus ausgeschlossen, da diese nur als Angriff auf die Sunniten gesehen würde – wodurch genau diese Nähe zwischen Sunna und Terrorismus rhetorisch hergestellt wird.

Konfessionelle Zugehörigkeit dient der Daʿwa-Partei nicht nur zur Ordnung der irakischen Gegenwart, sondern auch der Interpretation der Vergangenheit. Konfessionalität wird meist über den Verweis auf vergangene konfessionelle Diskriminierung angesprochen. Ein Meinungsartikel in *al-Bayān* zum neuen politischen System wird direkt mit dem Verweis auf das als entscheidend erkannte Problem der vorangegangenen Regierung eingeleitet: Die Ungleichbehandlung und Diskriminierung der Bürger anhand ethnischer und konfessioneller Linien sowie regionaler Herkunft – d.h. die Diskriminierung der kurdischen und schiitischen Bevölkerung sowie die Bevorzugung der Bevölkerung Tikrits, der Heimatstadt Saddam Husseins. Ein Hauptziel der irakischen Bevölkerung sei es nach dem Sturz

33 Al-Bayān, 22.06.2004, S. 3.

34 Vgl. Kapitel 4.1. dieser Arbeit.

des früheren Regimes, nun eine Regierung aufzubauen, welche nicht nach Ethnie, Konfession oder Herkunft unterscheide.³⁵

Einige Wochen später erschien in derselben Zeitung ein Artikel, der den Anspruch auf eine konfessionell und ethnisch neutrale Haltung des Staates weiter ausführt.³⁶ Zunächst wird ein Repräsentationsschlüssel für ein parlamentarisches System mit zwei Kammern empfohlen, welcher die Sitze der Regionen im Parlament gemäss deren Einwohnerzahl festlegen soll. Interessant ist hier, was nicht bzw. nicht mehr gesagt wird: Der in früheren Schriften (z.B. der Exilparteien vor 2003) regelmässig angeführte Schutz von Minderheiten wird in dieser Phase kaum erwähnt, während der Verweis auf die »Bevölkerungsmehrheit« präsent bleibt. Dadurch entsteht die für die grossen schiitischen Parteien typische Ambiguität zwischen dem Verweis auf Demokratie und der Orientierung an konfessioneller Zugehörigkeit.

Der Umgang der Da'wa-Partei mit Konfession orientiert sich also stark am politischen System, kombiniert mit häufigen Verweisen auf den Mehrheitsstatus der Schia. Der Anspruch der Partei, die Schia tatsächlich auch zu repräsentieren, wird jedoch nicht explizit gemacht. Die Schia selbst wird, wie für die zurückgekehrten ehemaligen Exilparteien typisch, anhand des Verweises auf konfessionelle Diskriminierung und Unterdrückung durch das frühere Regime definiert – und um den wichtigen neuen Referenzpunkt »Terrorismus« ergänzt. Auffallend ist dabei das gänzliche Fehlen von religiösen Argumentationen. Tatsächlich erfolgt der Bezug, den diese nominell »islamistische« Partei auf Konfession herstellt, in einer weitgehend säkularen Form. Die Frage ist nun: Wie geht diese Partei mit innerschiitischer Diversität und mit religiöser Autorität um? Auf der Webseite³⁷ der Da'wa-Partei findet sich eine Vielzahl von Dokumenten zu und Publikationen des schiitischen Gelehrten Muḥammad Bāqir aṣ-Ṣadr, der die Partei von ihrer Gründung bis zu seinem Tod massgeblich mitgeprägt hatte.³⁸ Allerdings fehlen inhaltliche Bezüge auf die Werke Bāqir aṣ-Ṣadr in Publikationen und Stellungnahmen der Partei weitgehend (eines seiner berühmtesten Werke zur islamischen Wirtschaft mit dem

35 Vgl. al-Bayān, 06.05.2004, S. 1.

36 Al-Bayān, 29.06.2004, S. 10.

37 Hizb ad-da'wa al-islāmīya: Website: Leader Profile, 2014.

38 Muḥammad Bāqir aṣ-Ṣadr, 1935 in Kazimiya geboren, war eine der dominierenden Persönlichkeiten der Da'wa-Partei. Er prägte die theoretischen Grundlagen, die politische Doktrin und den Aktionsplan der Partei. Einflussreich waren seine Publikationen zur islamischen Wirtschaft und zur islamischen Philosophie. Er wurde im April 1980, zusammen mit seiner Schwester Āmina Ḥaidar aṣ-Ṣadr (Bint al-Huda), hingerichtet. Mallat, Chibli: Muhammad Baqir as-Sadr, in: Rahnema, Ali (Hg.): *Pioneers of Islamic revival*, London, New Jersey 2005² (Studies in Islamic society), S. 251 – 272; Aziz, Talib: *The Political Theory of Muhammad Baqir Sadr*, in: Abdul-Jabar, Faleh (Hg.): *Ayatollahs, Sufis and Ideologues. State, Religion and Social Movements in Iraq*, London 2002, S. 231 – 244, S. 232 – 233.

Titel *Iqtisādunā* wird weder in politischen noch in Wirtschaftsprogrammen der Partei erwähnt). Dagegen orientiert sich die Partei stark an Ayatollah 'Alī al-Ḥusainī as-Sīstānī.

Nicht nur die Da'wa-Partei, auch zahlreiche andere, selbst nicht-schiitische Akteure messen dem Wort Sīstānīs grosse Bedeutung bei. Trotzdem sticht die detaillierte Auseinandersetzung mit seinen Äusserungen in *al-Bayān* auf. So wird in einem Artikel vom April 2004 der Kommentar Sīstānīs zum Übergangsgesetz bis auf einzelne Paragraphen-Abschnitte im Wortlaut wiedergegeben. Dazu wird erwähnt, dass Ġa'farī diese Kommentare mit Paul Bremer, dem Administrator der Coalition Provisional Authority, besprochen und entsprechende Anpassungen gefordert habe – selbst in Punkten, die der oben beschriebenen Mehrheitslogik der Da'wa-Partei durch eine Stärkung von Minderheitenpositionen widersprechen.³⁹ Die Hierarchie tritt hier deutlich hervor: Die Da'wa-Partei inszeniert sich als treue Gefolgschaft Sīstānīs; eine Kritik der Da'wa an der religiösen Autorität ist mir bei meinen Recherchen bislang nicht begegnet. Trotz dieser eindeutigen Positionierung bleibt der nationale Bezug dominant (im Gegensatz zur durchaus internationalen Ausrichtung Sīstānīs), etwa wenn über eine Friedensinitiative Sīstānīs geurteilt wird, diese sei zum Wohl es Iraks und der Bevölkerung. Gelobt wurde er dafür, dass er weder politischen Extremismus, noch religiösen oder konfessionellen Fanatismus (*at-ta'aṣṣub ad-dīnī aw al-madḥabī*) fördere – nicht zuletzt, indem er nicht in die Politik eingreife, ausser es sei unbedingt notwendig.⁴⁰

Obwohl sich die Da'wa für ihre Argumentation explizit am schiitischen Mehrheitsstatus orientierte und nicht zuletzt durch die Haltung gegenüber Sīstānī eine vereinigte Schia propagierte, war die Schia im Irak in den ersten Jahren nach 2003 weit davon entfernt, eine geschlossene Einheit zu bilden. Wie noch genauer zu betrachten sein wird, wurde die Position der Da'wa-Partei innerschiitisch durch Muqtadā aṣ-Ṣadr herausgefordert. Doch selbst angesichts bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Ṣadrs Mahdi-Armee sowie den Koalitions- und Regierungstruppen in Basra wird in *al-Bayān* anhand des Ideals der nationalen Einheit argumentiert.⁴¹

Zusammenfassend lässt sich bei der Da'wa ein spezifisches Verständnis von Schia erkennen: Während die religiöse Autorität nicht infrage gestellt wird, ist Schia nicht eine religiöse, sondern erstens eine historische Kategorie, definiert anhand der Verfolgung durch das Ba'ṭ-Regime, und zweitens auf den Nationalstaat bezogene, demographische Kategorie, angesprochen durch den Hinweis auf ihren Mehrheitsstatus innerhalb der irakischen Bevölkerung. Das politische System dient als Vehikel, den Machtanspruch dieser Mehrheit zu gewährleisten.

39 Al-Bayān, 03.04.2004.

40 Al-Bayān, 28.08.2004, S. 1.

41 Vgl. al-Bayān, 22.05.2004, S. 1.